



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

REX/323
"Östliche Partnerschaft"

Brüssel, den 16. Juni 2011

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema
"Beitrag der Zivilgesellschaft zur Östlichen Partnerschaft"

Berichterstatter: **Gintaras MORKIS**

Mit Schreiben vom 15. November 2010 ersuchte der Rat den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 304 AEUV um Erarbeitung einer Sondierungsstellungnahme zu folgendem Thema:

"Der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Östlichen Partnerschaft"

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 25. Mai 2011 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 472. Plenartagung am 15./16. Juni 2011 (Sitzung vom 16. Juni) mit 133 gegen 1 Stimme bei 1 Stimmenthaltung folgende Stellungnahme:

*

* *

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) misst der Östlichen Partnerschaft (ÖstP) als strategischer Notwendigkeit und politischer Investition der EU, von der die Bürger der Europäischen Union und ihrer Partnerländer künftig profitieren werden, große Bedeutung bei. Die Ereignisse in der Mittelmeerregion haben gezeigt, dass der Zivilgesellschaft beim Übergang zu Demokratie, bei Verfassungsreformen und dem Institutionenaufbau weiterhin eine entscheidende Rolle zukommt. Deshalb sollte der Beitrag der Zivilgesellschaft zur Östlichen Partnerschaft unterstützt und gebührend berücksichtigt werden, um den Erfolg dieser Initiative zu gewährleisten.

1.2 Der EWSA begrüßt die Fortschritte, die bei der Umsetzung der offiziell im Mai 2009 eingeleiteten Initiative der Östlichen Partnerschaft erzielt worden sind. Alle Länder der Östlichen Partnerschaft haben durch den Dialog über Assoziierungsabkommen, Freihandelszonen, die Lockerung der Visabestimmungen, die Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgungssicherheit und andere Fragen ihre Beziehungen zur EU verbessert und intensiviert. (Bedauerlicherweise hat Weißrussland infolge der Ereignisse nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010 in seinen Beziehungen mit der EU einen großen Schritt zurück gemacht.)

1.3 Beitrag der Zivilgesellschaft zur multilateralen Ebene der Östlichen Partnerschaft

1.3.1 Beteiligung an den thematischen zwischenstaatlichen Plattformen der ÖstP

1.3.1.1 Der EWSA ist zur Mitarbeit in drei der vier thematischen zwischenstaatlichen Plattformen der ÖstP aufgefordert worden und hat somit die Gelegenheit, in diesen Plattformen die Standpunkte der Zivilgesellschaft zu vertreten. Der EWSA fordert die Kommission jedoch auf, ihn auch zu einer Beteiligung und Mitarbeit im Rahmen der thematischen Plattform 3 "Energie-

versorgungssicherheit" einzuladen, da er auch in diesem Bereich über die entsprechende Sachkenntnis verfügt.

1.3.1.2 Der Ausschuss ist der Auffassung, dass den Vertretern der entsprechenden Arbeitsgruppen des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft (Forum der ÖstP) die Teilnahme an den Sitzungen der thematischen zwischenstaatlichen Plattformen ermöglicht werden sollte.

1.3.2 **Das Forum der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft**

1.3.2.1 Der Ausschuss begrüßt außerdem die im November 2009 erfolgte Einrichtung des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft. Er betrachtet die nationalen Plattformen des Forums der ÖstP als überaus geeignetes Instrument zur Umsetzung der Östlichen Partnerschaft in den Partnerländern unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, bedauert jedoch, dass die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und andere Verbände aus Wirtschaft und Gesellschaft (z.B. der Landwirte und Verbraucher) auf nationaler Ebene nicht oder nur geringfügig in die Tätigkeit der nationalen Plattformen einbezogen werden.

1.3.2.2 Da die Sozialpartner im Forum der ÖstP gegenwärtig nicht angemessen vertreten sind, empfiehlt der Ausschuss, die Geschäftsordnung des Forums insbesondere hinsichtlich der Auswahlverfahren für die Teilnahme zu überarbeiten, damit die Beteiligung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie Vertretern anderer Interessengruppen sowohl seitens der EU als auch seitens der Partnerländer in dem Forum deutlich intensiver gestaltet werden kann.

1.3.2.3 Der Ausschuss fordert, die Konzeption des Forums mit Blick auf eine effizientere Gestaltung seiner Tätigkeit bei gleichzeitiger effektiver Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel zu überdenken. Der Schwerpunkt könnte auf ein kontinuierliches und projektorientiertes Handeln verlagert werden (im Rahmen der Arbeitsgruppen und nationalen Plattformen des Forums).

1.3.2.4 Der Ausschuss schlägt vor, die Zahl der Vertreter aus der EU in dem Forum zu erhöhen, um den Erfahrungsaustausch anzuregen und die Annäherung an europäische Werte zu fördern. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der mit seinen 344 Mitgliedern die organisierte Zivilgesellschaft der EU vertritt, verfügt über ausgezeichnete Voraussetzungen, um innerhalb des Forums einen aktiven Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der ÖstP zu leisten, sofern die Geschäftsordnung des Forums eine verstärkte und ständige Beteiligung des Ausschusses sowohl am zivilgesellschaftlichen Forum selbst als auch am Lenkungsausschuss zulässt.

1.3.2.5 Angesichts des wachsenden Wirkungskreises des zivilgesellschaftlichen Forums und insbesondere des Tätigkeitsbereichs der nationalen Plattformen ist der Ausschuss bereit, seinen Beitrag zu leisten, um die Arbeitsweise des Forums zu verbessern. Er vertritt außerdem die Auffassung, dass die Einrichtung eines Sekretariats notwendig geworden ist, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Arbeit des Lenkungsausschusses.

1.3.2.6 Sollte es dem Forum weiterhin nicht gelingen, die strukturellen Schwächen in seiner Arbeitsweise zu beseitigen, würde der Ausschuss andere Wege zur Mobilisierung der Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft in den östlichen Partnerländern erwägen, um die Ziele der ÖstP zu verwirklichen.

1.4 **Konsolidierung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern und Beitrag zur bilateralen Ebene der Östlichen Partnerschaft**

1.4.1 Der Ausschuss verfolgt die Ereignisse im südlichen Mittelmeerraum mit großer Aufmerksamkeit. Er ist fest davon überzeugt, dass die EU den Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozess in dieser Region unterstützen sollte. Gleichzeitig ruft der EWSA zu einem langfristig ausgewogenen Vorgehen gegenüber den südlichen und östlichen Nachbarn der EU auf, einschließlich in Bezug auf Finanzhilfen für politische und wirtschaftliche Reformen, die Anpassung an EU-Standards und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

1.4.2 Nach Ansicht des Ausschusses kann eine unzureichende Finanzierung möglicherweise zur Enttäuschung der Erwartungen führen, die an die Östliche Partnerschaft als wichtiges Instrument zur Förderung der Annäherung an europäische Werte gestellt werden. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Ausschuss generell den Vorschlag der Kommission zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, bedauert jedoch, dass in der Mitteilung "Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel" nicht die Schaffung von Mechanismen zur Konsultation der Zivilgesellschaft in den Ländern der ENP gefordert wird und darüber hinaus kein einziger Hinweis auf die eigene zivilgesellschaftliche Institution der EU und die Rolle enthalten ist, die der EWSA in diesem Prozess spielen kann.

1.4.3 Der EWSA würde den Vorschlag, eine Europäische Stiftung für Demokratie und eine Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft einzurichten, begrüßen. Er fordert die Kommission jedoch auf, Lehren aus der Erfahrung mit der Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft des Westbalkans zu ziehen, um Fehler zu vermeiden.

1.4.4 Der Ausschuss hält die Zusammenarbeit mit unabhängigen Organisationen in den Partnerländern für äußerst wichtig. Es ist aber auch erforderlich, mit den bestehenden, von den Regierungen abhängigen Organisationen zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die Einrichtung unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu unterstützen, die in der Lage sind, an einem echten sozialen Dialog teilzunehmen, Vorstellungen von Demokratie, Menschen- und Arbeitnehmerrechten zu verbreiten und die übrigen Ziele der Initiative der Östlichen Partnerschaft zu verfolgen.

1.4.5 Der EWSA ist der Ansicht, dass die Intensivierung des Dialogs zwischen den Regierungen und der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene eine Voraussetzung für die Demokratisierung der Gesellschaft in den östlichen Partnerländern und deren Annäherung an europäische Werte

ist. Es ist von besonderer Bedeutung, die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Konzipierung und Durchführung der ENP-Aktionspläne zu stärken.

- 1.4.6 Der Ausschuss fordert, in allen Ländern der Östlichen Partnerschaft Strukturen zur Konsultation der Zivilgesellschaft, beispielsweise Wirtschafts- und Sozialräte oder vergleichbare Einrichtungen, zu schaffen, wobei die spezifischen Besonderheiten eines jeden Landes zu berücksichtigen sind. Die in einigen Partnerländern bestehenden nationalen Plattformen des Forums der ÖstP könnten hierbei eine solide Ausgangsbasis bilden. Der EWSA ist bereit, seine Erfahrungen mit der Zivilgesellschaft in den östlichen Partnerstaaten zu teilen.
- 1.4.7 Der Ausschuss ist der Auffassung, dass in die Assoziierungsabkommen, die zwischen der EU und den Partnerländern ausgehandelt werden, Bestimmungen über die Einrichtung gemeinsamer zivilgesellschaftlicher Gremien aufgenommen werden sollten, die für die Überwachung der Umsetzung dieser Abkommen zuständig sind.
- 1.4.8 Bezüglich der Verhandlungen zu dem weitreichenden und umfassenden Freihandelsabkommen (FHA) und der sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen ist der Ausschuss der Ansicht, dass die Zivilgesellschaft aus der EU und den Partnerländern in die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsprüfungen vor der Aufnahme der Verhandlungen einbezogen werden sollten und in das künftige FHA Mechanismen der Zivilgesellschaft aufgenommen werden sollten, um die Umsetzung der auf nachhaltige Entwicklung gerichteten Bestimmungen zu überwachen.
- 1.5 Der Ausschuss hegt die Hoffnung, dass das Jahr 2011 für die Östliche Partnerschaft von entscheidender Bedeutung sein wird, da der ungarische und besonders der polnische Ratsvorsitz der Initiative neue Impulse verleihen dürften.
- 1.6 Der Ausschuss richtet diese Empfehlungen an die Staats- und Regierungschefs und erhofft sich von dem Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft in Polen im Herbst 2011 eine angemessene Würdigung des Beitrags der Zivilgesellschaft der letzten zwei Jahre sowie des erreichten Fortschritts, gleichzeitig aber auch eine kritische Bewertung der Unzulänglichkeiten im Hinblick auf die unzureichende Einbeziehung der Sozialpartner und die Schwächen des zivilgesellschaftlichen Forums.

2. **Beitrag der Zivilgesellschaft zur multilateralen Ebene der Östlichen Partnerschaft**

- 2.1 Die Europäische Union hat ein lebhaftes Interesse daran, dass in den Nachbarländern an ihrer östlichen Grenze Stabilität herrscht, eine gute Regierungsführung und eine vorhersehbare Politik betrieben wird und dass sich die Wirtschaft positiv entwickelt. Auch die Länder in Osteuropa und im Südkaukasus bemühen sich ihrerseits um aktivere und engere Beziehungen zur EU. Der zentrale Faktor für die Fortschritte dieser Länder bei der Annäherung an die EU liegt in den Wertvorstellungen und in der Konvergenz der Rechtsetzung und Regulierung. Daher ist die östliche Nachbarschaft als politische Investition der EU zum künftigen Nutzen

der Bürger der Europäischen Union und im Dienste des allgemeinen Fortschritts in den Partnerländern zu sehen.

2.2 **Teilnahme an den thematischen zwischenstaatlichen Plattformen der ÖstP**

- 2.2.1 In der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Östlichen Partnerschaft wird darauf hingewiesen, dass der Beteiligung der Zivilgesellschaft eine besondere Rolle eingeräumt werden sollte. Der EWSA ist zur Mitarbeit in drei der vier thematischen zwischenstaatlichen Plattformen aufgefordert worden (Plattform 1 "Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität", Plattform 2 "Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik" sowie Plattform 4 "Direkte Kontakte zwischen den Menschen"), und er kann in diesen Plattformen die Standpunkte der Zivilgesellschaft vermitteln. Obgleich sich der Ausschuss eingehend mit Energiefragen befasst, hat er jedoch bislang keine Aufforderung zur Mitarbeit in der wichtigen thematischen Plattform "Energieversorgungssicherheit" erhalten.
- 2.2.2 Der EWSA ist der Ansicht, dass die Plattformen Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Östlichen Partnerschaft erreicht haben, bedauert jedoch die begrenzte Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Der Ausschuss vertritt die Auffassung, dass Vertretern der entsprechenden Arbeitsgruppen des Forums der ÖstP die Teilnahme an den Sitzungen der thematischen zwischenstaatlichen Plattformen ermöglicht werden sollte. Hierdurch kann sich die Zivilgesellschaft über die Tätigkeit der Plattformen informieren sowie praktikablere und konkretere Empfehlungen abgeben. Der Ausschuss fordert die Kommission auf, Verhandlungen mit den Partnerländern zu führen, um Änderungen in der Geschäftsordnung der zwischenstaatlichen Plattformen vorzunehmen und für das Forum einen ständigen Teilnehmerstatus in den Plattformen zu erwirken.
- 2.2.3 Der Ausschuss ist der Auffassung, dass sich die Plattformen auf Projekte beziehen könnten, die für die Zivilgesellschaft von Interesse sind. Als aussagekräftiges Beispiel für die Einbeziehung von Wirtschaftsverbänden in die Östliche Partnerschaft kann das von Eurochambres gemeinsam mit den Partnern aus den östlichen Partnerländern durchgeführte Programm EAST-INVEST angesehen werden. Dabei handelt es sich um ein neues, auf die Östliche Partnerschaft ausgerichtetes dreijähriges Projekt, das darauf abzielt, in der Region der östlichen Nachbarländer den Handel zu erleichtern und die wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen voranzutreiben. An dem Projekt sind 21 Kammern aus EU-Ländern beteiligt, mit dem die Ziele der zwischenstaatlichen Plattform 2 "Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik" umgesetzt werden. Insgesamt stehen für das Projekt Mittel in Höhe von 8,75 Mio. EUR zur Verfügung, von denen die Europäische Kommission 7 Mio. bereitgestellt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die mit diesem Projekt anvisierten Ziele erreicht werden und es wesentlich dazu beiträgt, die Ziele der Östlichen Partnerschaft zu verwirklichen. Dieses Beispiel könnte für konkrete Projekte zwischen Organisationen aus der EU und den Partnerländern genutzt werden, die wie Landwirtschafts-, Verbraucher-, Umweltschutzverbände u.a. in anderen Bereichen aktiv sind.

2.2.4 Der Ausschuss vertritt außerdem die Auffassung, dass es zu einer umfassenden Einbeziehung von Unternehmen in die Vorreiterinitiative zu den KMU im Rahmen der Plattform 2 kommen muss und dass organisierte Treffen zwischen Unternehmen zur Einrichtung eines Wirtschaftsforums der ÖstP führen können, das die Unterstützung seitens der Wirtschaftsorganisationen für die Verhandlungen über das weitreichende und umfassende FHA verstärken werden.

2.2.5 Der Ausschuss weist die Kommission darauf hin, dass in keine der Regierungsplattformen der soziale Dialog eingeschlossen ist, obwohl dieser zum gemeinschaftlichen Besitzstand gehört.

2.3 **Forum der Zivilgesellschaft der ÖstP**

2.3.1 Der Vorschlag der Kommission zur Gründung eines Forums der Zivilgesellschaft ist auf breite Zustimmung gestoßen.

2.3.2 Die meisten Mitglieder des Forums der ÖstP sind jedoch Strategiegruppen und Nichtregierungsorganisationen, die nicht die gesamte Vielfalt der Zivilgesellschaft widerspiegeln. Nur wenige der Organisationen aus den Partnerländern vertreten sowohl die Interessen der Unternehmer und Beschäftigten, als auch die der Sozialpartner, d.h. der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, oder andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen (z.B. der Landwirte und Verbraucher, der Wissenschaft und Forschung).

2.3.3 Unter den 17 Mitgliedern des Lenkungsausschusses ist kein einziger Sozialpartner aus den Partnerländern vertreten.

2.3.4 Im Verlauf der letzten anderthalb Jahre wurden in allen Partnerländern nationale Plattformen des Forums der ÖstP gegründet, in denen die zivilgesellschaftlichen Organisationen der jeweiligen Länder zur Umsetzung der Ziele der Östlichen Partnerschaft zusammenkommen können.

2.3.5 Der Ausschuss begrüßt ausdrücklich die Einrichtung nationaler Plattformen des Forums der ÖstP und den von ihnen geleisteten Beitrag zur Östlichen Partnerschaft. An dieser Stelle seien einige erwähnenswerte Beispiele genannt:

- Die weißrussische Plattform stellte im Juli 2010 "Fahrpläne zur Östlichen Partnerschaft für Weißrussland" auf.
- Die aserbaidische Plattform führte zahlreiche Veranstaltungen zu aktuellen Themen für Staat und Zivilgesellschaft durch, z.B. zum Beitritt Aserbaidischs zur WTO, zu alternativen und erneuerbaren Energiequellen und Energieeffizienz sowie zur Lage kleiner und mittlerer Unternehmen.
- Der Nationale Beteiligungsrat, der als nationale Plattform der Republik Moldau diente, bevor eine solche Plattform offiziell eingerichtet wurde, konnte an allen Sitzungen des Ministerkabinetts der Republik Moldau teilnehmen und seinen Standpunkt zu Regierungsentscheidungen und geplanten politischen Maßnahmen vorbringen.

Der Ausschuss bedauert jedoch, dass die Sozialpartner auf nationaler Ebene auch hier nicht oder nur geringfügig in die Tätigkeit der nationalen Plattformen einbezogen werden, die aus diesem Grund das Thema soziale Rechte nicht abdecken.

- 2.3.6 Der Ausschuss hat einige Unzulänglichkeiten in der Arbeitsweise des Forums der ÖstP festgestellt und ist zur Zusammenarbeit mit dem Lenkungsausschuss bereit, um die Arbeit des Forums zu verbessern.
- 2.3.7 Die derzeitige Zusammensetzung des Forums der ÖstP steht nicht im Einklang mit dem Grundsatzpapier der Kommission, in dem es heißt: "Die Mitgliedschaft in dem Zivilgesellschaftlichen Forum der Östlichen Partnerschaft muss für alle zivilgesellschaftlichen Organisationen offen sein, d.h. für Bürgerorganisationen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Strategiegruppen, gemeinnützige Stiftungen, nationale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen/Netze sowie für andere betroffene Akteure der Zivilgesellschaft aus den östlichen Partnerländern, aber auch aus den EU-Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen/Netzen. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen aus Drittländern können hinzugezogen werden. Der EWSA und seine Partneereinrichtungen in den Partnerländern müssen eine wichtige Rolle spielen, insbesondere in Bezug auf Unternehmen, Beschäftigung, Arbeit und Sozialfragen." Die größten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Europas haben am 19. Mai 2010 in einem Schreiben an die Mitglieder des Forums ihre Besorgnis über diesen Zustand zum Ausdruck gebracht. Hochrangige Vertreter des EWSA und der Europäischen Kommission haben Gespräche über die Zusammensetzung des Forums geführt und die Tatsache erörtert, dass einige Ziele der Östlichen Partnerschaft, insbesondere im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Integration, nur durch Einbindung aller relevanten Partner in die Arbeit des Forums erreicht werden können.
- 2.3.8 Der Ausschuss ist auch der Meinung, dass die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen der EU in dem Forum bedeutend ausgebaut werden muss. Sie sind bislang nicht nur deshalb unterrepräsentiert, weil die Zahl der Teilnehmer aus der EU verhältnismäßig gering ist, sowohl im Forum (von den 230 Organisationen, die zum zivilgesellschaftlichen Forum in Berlin eingeladen wurden, stammen nur 80 aus der EU), als auch im Lenkungsausschuss (7 Sitze von 17). Auch aus einem territorialen Blickwinkel heraus ist die Teilnahme der Zivilgesellschaft aus der EU eingeschränkt. Es überwiegen die Organisationen aus einigen Mitgliedstaaten an der östlichen EU-Außengrenze. Nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen der EU verfolgen eigene Projekte oder Programme für die östlichen Partnerländer.
- 2.3.9 Der EWSA ist bereit, seine Kapazitäten, Erfahrungen, sein Know-how und seine Kontakte dafür einzusetzen, die derzeitigen Ungleichgewichte im zivilgesellschaftlichen Forum zu korrigieren. Die 344 Mitglieder des Ausschusses bilden ein enormes Potenzial, um der ÖstP in den EU-Institutionen, allen Mitgliedstaaten und allen Bereichen der Zivilgesellschaft, insbesondere unter den Sozialpartnern, mehr Gewicht zu verleihen.

- 2.3.10 Zur Erfüllung seiner Aufgaben muss der Ausschuss in den Strukturen des zivilgesellschaftlichen Forums angemessen vertreten sein. Die geltenden Regelungen lassen eine ständige und effiziente Einbindung des EWSA in das Forum nicht zu und sollten daher entsprechend geändert werden.
- 2.3.10.1 Eine stärkere Teilnahme des EWSA und anderer Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft könnte auch zu einer ausgewogeneren Beteiligung in den Arbeitsgruppen des Forums führen. Derzeit sind die meisten Organisationen in die Arbeitsgruppen "Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Stabilität" sowie "Kontakte zwischen den Menschen" eingebunden, während es für die Arbeitsgruppen "Wirtschaftliche Integration und Annäherung an die sektorspezifischen Politiken der EU" sowie "Umwelt, Klimawandel und Energiesicherheit" nicht genügend Teilnehmer gibt, was im Widerspruch zu der Bedeutung steht, die den von ihnen abgedeckten Themenbereiche für eine erfolgreiche Umsetzung der ÖstP zukommt. Auch hier könnte der Ausschuss seinen Beitrag leisten.
- 2.3.10.2 Der EWSA vertritt die Auffassung, dass die Arbeit des Forums der ÖstP stärker projektbezogen sein muss. Einige Arbeitsgruppen, wie etwa die "Wirtschaftliche Integration und Annäherung an die sektorspezifischen Politiken der EU", haben versucht, spezielle Projekte zu entwickeln, waren jedoch nicht erfolgreich, da zu wenig Finanzmittel und nicht genügend Partner zur Verfügung standen. Das Potenzial und die Verwaltungskapazitäten des EWSA könnten für die Entwicklung konkreter Projekte von Nutzen sein. Auch durch gemeinsam erarbeitete Studien und Projekte könnte der Beitrag der Zivilgesellschaft zur ÖstP verstärkt werden.
- 2.3.10.3 Der EWSA schlägt vor, den Lenkungsausschuss für einen Zeitraum von zwei Jahren zu wählen, um dessen Effizienz zu verbessern und ausreichend Zeit für die Umsetzung von Projekten und Ideen zu geben. Zudem vertritt der Ausschuss die Ansicht, dass die Einrichtung eines Sekretariats für den Lenkungsausschuss erforderlich geworden ist.
- 2.3.11 Sollte die Arbeitsweise des Forums der ÖstP weiterhin unbefriedigend bleiben, würde der Ausschuss andere Wege zur Mobilisierung der Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft erwägen, um die Ziele der ÖstP zu verwirklichen.

3. **Konsolidierung der Zivilgesellschaft in den Partnerländern und Beitrag zur bilateralen Ebene der Östlichen Partnerschaft**

- 3.1 Die jüngsten Ereignisse in Nordafrika und dem Nahen Osten haben deutlich gezeigt, dass Regime auch dann scheitern, wenn sie zwar eine wichtige Rolle für die Sicherheit und Stabilität in der Region spielen und finanziell von den westlichen Demokratien unterstützt werden, dabei jedoch die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung vernachlässigen und die Rechte und Freiheiten der Menschen missachten. Die Weltgemeinschaft kann nun nichts anderes tun, als mit Sorge die politische Entwicklung in der Region beobachten und Spekulationen darüber anstellen, wie die globalen Folgen aussehen könnten. Die jüngsten Ereignisse

in dieser Region müssen genau analysiert, die daraus resultierenden Lehren bewertet und Schlussfolgerungen gezogen werden.

- 3.1.1 Die östlichen Partnerländer unterscheiden sich sehr deutlich in Bezug auf ihre politische Situation und die Lage der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Länder haben einen unterschiedlichen Entwicklungsstand in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten; ihr wirtschaftliches und soziales Niveau, selbst ihre geopolitische Orientierung ist uneinheitlich. Genauso unterschiedlich sind die Bemühungen dieser Länder im Hinblick auf die Annäherung an die EU und die Ziele, auf die sie ihre Beteiligung an der Östlichen Partnerschaft ausrichten. Auch stehen der Zivilgesellschaft in den einzelnen Partnerländern nicht die gleichen Möglichkeiten für eine Beteiligung an der Östlichen Partnerschaft offen. Daher müssen die betreffenden Partnerländer zunächst einzeln untersucht werden, bevor bewertet werden kann, welche Fortschritte sie erzielt haben und in welchem Maße die Zivilgesellschaft in diese Initiative eingebunden ist bzw. welche Möglichkeiten ihr dazu offenstehen¹.
- 3.2 Von den östlichen Partnerstaaten haben es vor allem die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien verstanden, das Potenzial der Östlichen Partnerschaft in bestimmten Bereichen zu nutzen. Sollte sich jedoch der Abstand dieser drei Länder zu den übrigen östlichen Partnerstaaten noch weiter vergrößern, kann die Zukunft der Östlichen Partnerschaft als regionales Projekt in Osteuropa auf lange Sicht in Frage gestellt werden. In diesem Zusammenhang haben die Europäische Kommission und die Zivilgesellschaft in den übrigen drei Ländern einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, dass sich die Kluft nicht noch weiter vergrößert. Die größten Probleme wirft freilich Weißrussland auf, doch sollte gerade mit Blick auf die besondere innenpolitische Lage dieses Landes seine Einbeziehung in die Östliche Partnerschaft nicht in Frage gestellt werden.
- 3.3 Der Ausschuss räumt ein, dass im Rahmen der Östlichen Partnerschaft die Durchführung der Aufgaben in den Bereichen regionale Sicherheit, Stabilität, wirtschaftliche Integration, Umweltschutz, Energieversorgungssicherheit, Kontakte zwischen den Menschen etc. nur dann denkbar ist, wenn in den Partnerländern die Menschenrechte geachtet und die Vereinigungsfreiheit respektiert werden und wenn ein echter sozialer und ziviler Dialog stattfindet. Daher sollte gerade im Falle Weißrusslands diesen Fragen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, obwohl insgesamt gesehen auch in anderen Partnerländern Probleme in diesem Bereich zu verzeichnen sind.
- 3.4 Es ist nicht zu leugnen, dass es in den östlichen Partnerstaaten an einem echten sozialen Dialog und Mechanismen zur Konsultation der Zivilgesellschaft fehlt. Häufig gelten ausschließlich die von den Regierungen eingesetzten und unterhaltenen Organisationen als Partner für den sozialen und zivilen Dialog. Der Ausschuss hält die Zusammenarbeit mit unabhängigen Organisationen in den Partnerländern für äußerst wichtig. Es ist aber auch erforderlich, mit den bestehenden, von den Regierungen anerkannten und mitunter von ihnen abhängigen

¹ Siehe Anhang.

Organisationen zusammenzuarbeiten und diese in ihrer Entwicklung zu unterstützen, gleichzeitig jedoch die Einrichtung unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu fördern, wo diese bislang fehlen, und sie in die Lage zu versetzen, an einem echten sozialen Dialog teilzunehmen, Vorstellungen von Demokratie, Menschen- und Arbeitnehmerrechten zu verbreiten und die übrigen Ziele der Initiative der Östlichen Partnerschaft zu verfolgen.

- 3.5 Einerseits könnte eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft die Umsetzung der Ziele der Östlichen Partnerschaft in den Partnerländern vorantreiben, andererseits könnten die Östliche Partnerschaft und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu deren Stärkung beitragen. Der staatliche Sektor sollte bei der Gestaltung von Programmen für den Ausbau der Verwaltungskapazität über die Bedeutung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner aufgeklärt und mit den Erfahrungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu Möglichkeiten einer Einbindung der Zivilgesellschaft im Entscheidungsfindungsprozess bekannt gemacht werden. Die Erfahrungen der Organisationen in den mitteleuropäischen Ländern dürften sich für eine Stärkung der Kapazitäten von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen der Länder der Östlichen Partnerschaft als äußerst nützlich erweisen. Der EWSA ist auch bereit, den Regierungen der Östlichen Partnerschaft sein Know-how zur Verfügung zu stellen, um einen geeigneten Rechtsrahmen für den sozialen und zivilen Dialog zu schaffen.
- 3.6 Vor diesem Hintergrund begrüßt der Ausschuss generell den Vorschlag der Kommission zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, bedauert jedoch, dass in der Mitteilung "Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel" nicht die Schaffung von Mechanismen zur Konsultation der Zivilgesellschaft in den Ländern der ENP gefordert wird und darüber hinaus kein einziger Hinweis auf die eigene zivilgesellschaftliche Institution der EU und die Rolle enthalten ist, die der EWSA in diesem Prozess spielen kann.
- 3.7 Der EWSA begrüßt darüber hinaus den Vorschlag, eine Europäische Stiftung für Demokratie und eine Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft einzurichten, da dies zweifellos eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Leben zur Folge hätte. Er fordert die Kommission aber auch auf, Lehren aus der Erfahrung mit der Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft und mit anderen Formen der Unterstützung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Heranführungshilfe zu ziehen. In dem Beitrag des EWSA zu der von der Kommission durchgeführten laufenden Überprüfung der Unterstützung der EU für die Zivilgesellschaft der Westbalkanländer und der Türkei betont der Ausschuss, dass den Sozialpartnern, insbesondere den Gewerkschaften, die in einigen Fällen praktisch völlig ignoriert werden, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Konkret bedeutet dies, den Schwerpunkt nicht nur auf Projekte, sondern auch auf den Aufbau von Institutionen und die allgemeine Tragfähigkeit der Organisationen zu legen.
- 3.8 Um zu ermitteln, inwieweit Organisationen der Zivilgesellschaft in die Östliche Partnerschaft einbezogen werden und an den Dialogen mit den nationalen Regierungen beteiligt sind, hat der EWSA diese Organisationen darum gebeten, einen kurzen Fragebogen auszufüllen. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass es am Dialog zwischen den nationalen Regierungen und

Organisationen der Zivilgesellschaft mangelt, nicht zuletzt auch in Bezug auf die Assoziierungsabkommen und die Umsetzung der ENP-Aktionspläne. Die Regierungen konsultieren die Organisationen zu wenig zu Fragen im Zusammenhang mit der Östlichen Partnerschaft. Die Hauptinformationsquellen sind in diesem Bereich die Delegationen der Europäischen Kommission in den jeweiligen Ländern und die Medien. Natürlich ist die Situation von Land zu Land verschieden. Am weitesten fortgeschritten ist der Dialog zwischen den Behörden und der Zivilgesellschaft in der Republik Moldau, und die in dieser Hinsicht komplizierteste Situation liegt in Weißrussland vor. Der Ausschuss fordert, in allen Ländern der Östlichen Partnerschaft Strukturen zur Konsultation der Zivilgesellschaft zu schaffen, beispielsweise Wirtschafts- und Sozialräte oder vergleichbare Einrichtungen. Die bestehenden nationalen Plattformen des Forums der ÖstP könnten in diesen Prozess einbezogen werden. Der EWSA ist bereit, die Zivilgesellschaft in den Partnerländern beim Aufbau von Institutionen für den zivilen Dialog zu unterstützen und dabei seine Erfahrungen aus den jüngsten Erweiterungen zu nutzen.

- 3.9 Der Ausschuss ist der Auffassung, dass in die Assoziierungsabkommen, die zwischen der EU und den Partnerländern ausgehandelt werden (derzeit sind Verhandlungen mit allen Partnerländern im Gange, außer mit Weißrussland) institutionelle Bestimmungen über die Einrichtung gemeinsamer zivilgesellschaftlicher Gremien aufgenommen werden sollten, damit die Zivilgesellschaft die Möglichkeit erhält, die Umsetzung der Abkommen zu beobachten. Diese Gremien könnten von den durch die Assoziierungsabkommen geschaffenen Assoziationsräten beraten werden oder auf eigene Initiative Vorschläge unterbreiten. Im Idealfall würden sie als Beobachter an den Sitzungen der Assoziationsräte teilnehmen. Ihnen sollten Vertreter der Zivilgesellschaft, einschließlich der Wirtschafts- und Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen, angehören. Der EWSA sollte in angemessener Weise vertreten sein.
- 3.10 Die Europäische Kommission hat bereits Verhandlungen zu einem weitreichenden und umfassenden Freihandelsabkommen (FHA) mit der Ukraine aufgenommen und Verhandlungen mit Georgien, Armenien und der Republik Moldau vorgesehen, sobald die Bedingungen für solche Verhandlungen erfüllt sind. Die weitreichenden und umfassenden FHA könnten erhebliche Auswirkungen auf das Geschäftsklima und die sozialen Bedingungen in den Partnerländern haben. Daher ist der ständige Dialog mit der Zivilgesellschaft während des Verhandlungsprozesses von vorrangiger Bedeutung.
- 3.11 Bezüglich der Verhandlungen und des Abschlusses der weitreichenden und umfassenden FHA und der sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen ist der Ausschuss der Ansicht, dass die Zivilgesellschaft in die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsprüfungen vor der Aufnahme der Verhandlungen einbezogen werden sollte. Diese Einbeziehung wird dazu beitragen, die Öffentlichkeit für die Vorteile des FHA zu sensibilisieren. In das künftige FHA sollten zudem Mechanismen der Zivilgesellschaft aufgenommen werden, um die Umsetzung der auf nachhaltige Entwicklung gerichteten Bestimmungen zu überwachen.

- 3.12 Fast zwei Jahre nach Einleitung der Östlichen Partnerschaft ist nach wie vor unklar, wie sie die regionale Initiative zur Schwarzmeersynergie (2007) ergänzen soll, denn an beiden Initiativen nehmen nahezu dieselben Partnerländer teil. Auf Ebene der Zivilgesellschaft könnte eine Zusammenarbeit zwischen dem Forum der ÖstP und dem NRO-Schwarzmeerforum (*Black Sea NGO Forum*) etabliert werden.
- 3.13 **Der Beitrag des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Östlichen Partnerschaft**
- 3.13.1 Der EWSA misst der Östlichen Partnerschaft große Bedeutung bei, denn sie ist eine strategische Notwendigkeit und eine politische Investition seitens der EU, von der die Bürger der Europäischen Union und ihrer Partnerländer künftig profitieren werden.
- 3.13.2 Bereits seit fünf Jahren befasst sich der EWSA mit der Lage der Zivilgesellschaft in allen Partnerländern, insbesondere im Hinblick auf die Vereinigungsfreiheit, die Meldebestimmungen, die Steuerregeln und -verfahren, die Meinungsfreiheit und die Funktionsweise der dreiseitigen Konsultationen. Zu folgenden Themen hat er einschlägige Stellungnahmen erarbeitet und eine Reihe von Empfehlungen abgegeben: "Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn"²; "Die Zivilgesellschaft in Weißrussland"³; "Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau: Welche Rolle kommt der organisierten Zivilgesellschaft zu?"⁴; "Beziehungen EU-Ukraine: eine neue dynamische Rolle für die Zivilgesellschaft"⁵; "Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Schwarzmeerraum"⁶; "Zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Umsetzung der ENP-Aktionspläne in den Ländern des Südkaukasus"⁷. Auf Ersuchen des tschechischen Ratsvorsitzes hat der Ausschuss eine Sondierungsstellungnahme zum Thema "Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Östliche Partnerschaft" erarbeitet.
- 3.13.3 Der EWSA hat Kontakte mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen in den östlichen Partnerländern aufgebaut und eine Reihe von Seminaren zur Bedeutung des sozialen Dialogs und der Konsultationen der Zivilgesellschaft organisiert. Auf diesen Veranstaltungen hat der EWSA wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig eine Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung der ENP-Aktionspläne ist.
- 3.13.4 Gemeinsam mit dem ukrainischen Wirtschafts- und Sozialrat veranstaltet der EWSA jährliche Seminare in der Ukraine, um über Angelegenheiten von gemeinsamen Interesse zu beraten.

2 ABl. C 80 vom 30.3.2004, S. 148-155.

3 ABl. C 318 vom 23.12.2006, S. 123-127.

4 ABl. C 120 vom 16.5.2008, S. 89-95.

5 ABl. C 77 vom 31.3.2009, S. 157-163.

6 ABl. C 27 vom 3.2.2009, S. 144-151.

7 ABl. C 277 vom 17.11.2009, S. 37-41.

Er hofft, dass derartige jährliche Veranstaltungen in den kommenden Jahren auch mit den anderen östlichen Partnerstaaten durchgeführt werden können. Der EWSA ist bereit, sich an der Organisation jährlicher thematischer Veranstaltungen der Zivilgesellschaft in allen östlichen Partnerstaaten zu beteiligen, um die Fortschritte bei der Umsetzung der ENP-Aktionspläne zu erörtern.

- 3.13.5 Der EWSA befürwortet, dass der derzeitige ungarische und künftige polnische Ratsvorsitz der östlichen Partnerschaft Priorität einräumen, und wird hierzu mit zwei weiteren Stellungnahmen einen Beitrag leisten, und zwar zu den Themen "Energieversorgung: Wie muss eine Nachbarschaftspolitik aussehen, die die Versorgungssicherheit der EU gewährleistet?" sowie "Die Östliche Partnerschaft und die östliche Dimension der EU-Politik unter besonderer Berücksichtigung der EU-Agrarpolitik". Der EWSA hofft, dass seine drei Stellungnahmen zur Östlichen Partnerschaft breite Zustimmung finden und zur Verwirklichung einiger der Ziele der ÖstP beitragen werden.

Brüssel, den 16. Juni 2011

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Staffan NILSSON

*

* *

NB: Anhang auf den folgenden Seiten

ANHANG

Political situation in partner countries, the state of civil society and its participation in the Eastern Partnership

4. General characterization

- 4.1 After the collapse of the Soviet Union 20 years ago, the six partner countries got state independence, yet have inherited weak civil society and institutions from the Soviet period. The political changes that took place were national rather than social. Three countries in the South Caucasus (Armenia, Azerbaijan, Georgia) and Moldova have been affected by local and regional conflicts. The following are common features of the post-Soviet period in these countries: the centralization of political and economic power in the hands of a political elite with its roots in the former Soviet political system, crony capitalism, corruption, Soviet-style bureaucracy and political culture, state-dependent judiciary, state-controlled media and/or state-related businesses, unfair elections, weak democratic and social institutions, and growing socio-economic disparities.
- 4.2 In the course of the last decade there have been signs of positive change taking place in the six partner countries. Even though the current global economic crisis had a serious effect on their economies, most of them have reported positive economic growth over the last couple of years. Local and regional conflicts in Abkhazia, Nagorno Karabakh, South Ossetia, and Transnistria have not yet been settled, but the fact that there is no fighting at the moment means that there is no direct negative impact on socio-economic developments in the countries concerned, i.e. Armenia, Azerbaijan, Georgia, and Moldova. Ukraine, Moldova, Georgia and Armenia still have weak democratic institutions; political unrest is common together with the misuse of state power against political opposition, independent civil society organisations and the media (especially in the course of the elections); local and regional self governance is absent, etc., these countries are becoming increasingly pluralistic democracies, in which groups of organised citizens, including political parties and civil society organisations, can present and defend their interests. Azerbaijan and Belarus are the last remaining Eastern partner countries, which are still ranked as “not free countries”⁸ or “authoritarian regimes”⁹ by independent institutions.

8 Source: “Freedom in the World” (Freedom House, 2010: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2010>); “Freedom in the World” is an annual report by the [Freedom House](#) (U.S.) that measures the degree of [democracy](#) and [political freedom](#) in every country and significant disputed territories around the world, and produces annual scores representing the levels of political rights and civil liberties in each state and territory, on a scale from 1 (most free) to 7 (least free). Depending on the ratings, the countries are then classified as “Free”, “Partly Free”, or “Not Free”.

9 Source: “The Democracy Index” ([Economist Intelligence Unit](#), the Economist, 2010: http://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=demo2010). The Democracy Index measures the state of [democracy](#) in 187 countries. It is based on 60 indicators grouped in five different categories: electoral process and pluralism, civil liberties, functioning of government, political participation and political culture. The Index was first produced in 2006, and updated in 2008 and 2010.

- 4.3 As a result, too, the pressure exerted by international organisations, including the EU, OSCE, Council of Europe, United Nations, and the International Labour Organisation over the course of last decade; most governments of Eastern partner countries introduced legislation that improved the position of civil society organisations. The tripartite dialogue of social partners became a reality at least formally in all six partner countries. Employers associations and trade unions were able to establish confederations and thus become partners with the governments in social dialogue. The number of NGOs grew exponentially over the last decade in all six partner countries.
- 4.4 The European Commission's offer to establish a Civil Society Forum (CSF) with the aim of strengthening the multilateral track of the Eastern Partnership via the involvement of CSOs from both the EU and partner countries has been met with great enthusiasm.¹⁰ 439 CSOs have declared their interest in taking part in the first meeting of the Eastern Partnership CSF (EaP CSF), which was held in Brussels in November 2009. Due to the European Commission's technical and budgetary limits, the total number of CSOs invited to participate in the first meeting was 230 CSOs of which 150 CSOs were from partner countries. 530 CSOs expressed their interest in taking part in the second CSF meeting that was held in Berlin in November 2010. 153 CSOs from partner countries (of the total of 230 participating CSOs) were represented at the second meeting of the CSF. The numbers of CSOs from partner countries was as follows: Armenia - 26, Azerbaijan – 23, Belarus - 27, Georgia - 25, Moldova - 23, and Ukraine - 29.
- 4.5 According to the list of CSOs invited to the second EaP CSF Berlin Forum¹¹, the majority of CSF members from partner countries are non-governmental organisations (NGOs) and think tanks active in various fields of public interest. Only 3 out of the 26 Armenian CSF member CSOs represent socio-economic interests, i.e. business associations and/or trade unions (Chamber of Commerce and Industry of the Republic of Armenia, Republican Union of Employers of Armenia, and the Union of Armenian Governmental Employees). Similarly, 3 out of a total of 23 Azerbaijan CSOs represent socio-economic interests at the CSF (Azerbaijan Lawyers Confederation, Azerbaijan-Turkey Business Association, and the Ganja Agribusiness Association). 6 out of a total of 27 Belarusian member CSOs represent socio-economic interests (Belarusian Association of Journalists, Belarusian Chamber of Commerce and Industry, Belarusian Congress of Democratic Trade Unions, Belarusian Trade Union of Workers of Education and Science, Business Union of Entrepreneurs and Employers named after Prof. Kouniavski, and the Federation of Belarusian Trade Unions). One out of 25 Georgian CSOs that are members of the CSF represent socio-economic interests

¹⁰ “Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Eastern Partnership”, COM (2008) 823 final (Brussels: European Commission, December 3, 2008); (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52008DC0823:EN:NOT>).

¹¹ The list of CSOs invited to participate in the second meeting of CSF is available on the European Commission's website: http://eeas.europa.eu/eastern/civil_society/second_csf_meeting_2010_en.htm

(Confederation of Georgian Trade Unions), while none of the CSOs from Moldova and Ukraine attending the second meeting of the EaP CSF represented socio-economic interests.

- 4.6 At the CSF's first meeting in Brussels in November 2009, four working groups were created, in line with the structure of the EaP's official thematic platforms. The aim of the working groups is to produce policy recommendations for the work of the official EaP platforms. Each working group is led by two coordinators, one of whom is a representative of a CSO from the partner countries. The first Brussels forum of 2009 also elected the CSF Steering Committee, which consists of 17 members: 8 are working group coordinators, 6 are national coordinators elected by the national delegations of partner countries' CSOs to the CSF, and 3 are representatives of CSOs from the EU member states, including international networks. In total, 10 out of the 17 members of the EaP CSF are representatives of CSOs from partner countries.¹² However, none of the members of the CSF Steering Committee represent a social partner CSO from the partner countries.

5. **Armenia**

- 5.1 The Republican Party of Armenia - the party led by the then Prime Minister Serzh Sarkisian - won 65 of 131 seats in the May 2007 National Assembly elections. Two other pro-presidential parties took a total of 41 seats, giving the government a clear majority. The next parliamentary elections are to be held in the spring of 2012. In the February 2008 presidential elections, Serzh Sarkisian was elected President of Armenia for a five-year period (until 2013). In both elections, opposition parties were put at a disadvantage due to lack of media coverage and the abuse of state resources ahead of the vote. Opposition demonstrations that began after the first round of presidential elections turned violent when the police clashed with protesters: according to the OSCE, 10 people were killed and more than 200 were injured. The current political situation is relatively stable and has enabled the government led by Prime Minister Tigran Sargsyan to implement its manifesto. The Armenian government considers that European integration is a foreign policy priority and sees full EU membership as the future for Armenia.
- 5.2 In 2010 there were about 3,300 CSOs registered at Armenia's Ministry of Justice. These CSOs are active in various fields of public interest, yet international institutions estimate that many are not active in a meaningful way. The central trade union organisation, which represents workers' interests in social dialogue, is the Confederation of Trade Unions of Armenia (CTUA). The CTUA was established in 1992 as a successor to the former Soviet trade unions. In 2007 it included 23 republican trade unions, 808 professional organisations, and 29,665 trade union members. The Union of Manufacturers and Businessmen (Employers) of Armenia is an umbrella association of 131 corporate members that represent employers' interests in social dialogue.

¹² For more info about the activities of the EaP CSF see the website: <http://www.eap-csf.eu/en/about-eap-csf/the-steering-committee/>

5.3 The Armenian CSOs that participated in the first meeting of the CSF in Brussels in November 2009 were the first to create a national EaP CSF platform. 138 Armenian CSOs participated in the first meeting of the Armenian EaP CSF Platform that was held in Yerevan in June 2010. At the first meeting they elected a Coordination Group consisting of 20 members and adopted the rules of procedure. The Yerevan Press Club took a leading role in providing information about EaP activities by launching a weekly electronic newsletter (in Armenian) covering the developments of the EaP and the CSF activities. However, the Armenian national platform failed to manage the process of selecting CSOs for the second meeting of the CSF in Berlin in November 2010. A misinterpretation of the rules of procedure resulted in something of a crisis for the platform. At present there are around 145 CSOs participating in the activities of the national platform. There are two business associations involved, but no trade union organisations. The government of Armenia has said it is willing to cooperate with the platform, but there does not seem to be a regular and effective dialogue in place.¹³

6. **Azerbaijan**

6.1 In March 2009 President Ilham Aliyev consolidated his rule with a referendum that eliminated presidential term limits, allowing him to run again in 2013. Aliyev easily won a second term in the October 2008 presidential election, taking 89 % of the vote amid a 75% turnout, according to official results. Most of the political opposition chose to boycott the poll, citing barriers to meaningful media access and the overwhelming influence of administrative resources deployed by the ruling New Azerbaijan Party (NAP) led by President Aliyev. The NAP party won the November 2010 parliamentary elections with 45.5% of the vote. The next parliamentary elections will be held in 2015. Azerbaijan states that cooperation with the European Union is one of its foreign policy priorities. The European Union and Azerbaijan are strong partners on energy policy. The main project is building a pipeline to connect the Caspian oil supply to Europe, providing a viable route for oil and gas to reach consumers. Oil-rich Azerbaijan sees the EU as the key market for its hydrocarbon exports.

6.2 Governmental and NGO figures for the exact number of registered NGOs in Azerbaijan vary from 2,600 to 3,220. Most sources agree that only 70–80% of registered NGOs are active. Legal amendments enacted in 2009 require NGOs to register their grants with the authorities, and foreign NGOs to reach agreements with the government before opening offices in the country. Despite progress in certain areas, the NGO sector faces restrictions due to latent government interference, especially during election periods. The Azerbaijani Trade Union Confederation (ATUC) is the main trade union association in Azerbaijan, and participates in the tripartite social dialogue. It has approximately 1.5 million members in 26 federations.

¹³ From this point onwards, information about activities of the national platforms of the EaP CSF in partner countries has been obtained from the following main sources: first, information provided by the national coordinators of EaP CSF who were elected at the second Berlin Forum in November 2010, and second, the CSF's website: : <http://www.eap-csf.eu/en/about-eap-csf/the-steering-committee/>

Trade unions are prohibited from engaging in political activity but can draft legislation on labour, social and economic matters. The National Confederation of the Entrepreneurs (Employers') Organisations of Azerbaijan Republic (AEC) was established in 1999 and represents employers' interests in social dialogue. More than 4,000 businesses as well as about 50 economic associations are currently members of AEC. State-owned enterprises are the leading employer in Azerbaijan, which is why the AEC's capacity to represent employers' interests independently of the government is rather limited.

- 6.3 The Azerbaijan national platform of the EaP CSF was established in April 2010. 40 CSOs became full members. The rules of procedure which were approved in December 2010 state that in order to be eligible for full membership, CSOs must have participated at least in one of the EaP Civil Society Forums. Other organisations are also eligible to apply for membership as associate members. The Azerbaijan CSF national platform includes CSOs representing socio-economic interests. The platform's Coordination Council consists of 5 individuals elected by the members. The platform has established four working groups in line with the structure of the CSF working groups as well as EaP thematic platforms. Each working group has a coordinator who represents the group in the Coordination Council. The platform has given rise to a number of events which are relevant to the government and civil society: e.g. Azerbaijan's accession to the WTO, the use of alternative and renewable energy sources, energy efficiency, and the situation of small and medium-sized enterprises. Government representatives participated in the events organised by the Azerbaijan national platform of the EaP CSF.

7. **Belarus**

- 7.1 Aleksandr Lukashenka, the President of Belarus, has ruled the country since 1994. He started his fourth term as president in January 2011. The announcement of the presidential election result in December 2010 was followed by violent clashes in the capital Minsk between the security forces and thousands of opposition demonstrators protesting about alleged vote-rigging. More than 600 demonstrators, including 7 opposition candidates, have been arrested. The OSCE described the elections as seriously flawed, and OSCE observers criticized both the counting of votes and the violent backlash against opposition candidates. The Belarus government responded by shutting down the OSCE office in Minsk.
- 7.2 In 1997 the EU decided to freeze its relations with Belarus, in response to the authoritarian style of rule of President Lukashenka's regime: the opposition and civil society are politically repressed, and the citizens of Belarus have experienced violations of fundamental human rights and freedoms. A couple of years ago however there was some hope that EU-Belarus relations might improve. In 2008 the Belarusian authorities released all political prisoners and there was a warming in EU-Belarus relations. The EU has invited Belarus to participate in the Eastern Partnership. However, the events that followed the December 2010 presidential elections have worsened these very badly. On 31 January 2011, the Council of the EU decided to impose sanctions on Belarus in response to the violent arrests and imprisonment of

opposition politicians following the December elections. The sanctions target 158 top Belarusian officials, including President Alexander Lukashenka and his two elder sons. The sanctions include travel bans to the European Union and freezing all the European bank accounts of Belarusian officials.

- 7.3 The independent Portal of Belarusian NGOs¹⁴ estimates that there are 2,225 Belarusian NGOs. However, freedom of association in Belarus is severely restricted. More than a hundred of the most active NGOs were forced to close down between 2003 and 2005. In December 2005, President Lukashenka signed amendments to the penal code that criminalized participation in an unregistered or liquidated political party or organization. These amendments allowed further punitive measures against groups that refused to shut down. As a result, most human rights activists operating in the country face potential jail terms ranging from six months to two years. Due to persecution, some NGOs moved their offices abroad, e.g. to Vilnius, Warsaw, and Kiev. Regulations introduced in 2005 banned the provision of foreign assistance to NGOs, parties, and individuals deemed to have promoted “meddling in the internal affairs” of Belarus from abroad. The government signaled a slight thaw in relations with these groups in 2008, however, no relevant improvements have been seen over the last two years.
- 7.4 There are two trade union organizations in Belarus. The Federation of Trade Unions of Belarus is the largest association of workers of Belarus, with circa 4 million members. Belarusian Congress of Democratic Trade Unions, created in 1993, is the only recognized member organization in Belarus by ITUC, ETUC, and PERC. As regards Belarusian legislation, workers have a right to protect their interests but these rights are not respected in practice. The government has adopted a fixed-term contract system, involving transferring all government employees onto short-term contracts and not extending employment contracts for trade union activists. This contract system is used to dismiss independent union members and opposition political activists. The International Labour Organisation (ILO) Commission of Inquiry criticised the government of Belarus for interfering in trade union activity and urged it to address the ILO recommendations to stop interfering in the unions. The Ministry of the Economy of Belarus responded by canceling the ILO’s technical assistance project with the unions.¹⁵ EU has imposed temporarily withdrawal of gsp references for Belarus since June 2007. The cooperation of Belarusian state authorities with the ILO improved between 2009 and 2010, however, the capacity of trade unions of Belarus to defend workers’ interests in social dialogue remains very limited. After crackdown in December 2010 the president of the Federation of Trade Unions is on the list of Belarusian officials banned from entry in the EU.
- 7.5 The Belarusian Confederation of Industrialists and Entrepreneurs (Employers) – the CIE – represents employers’ interests in social dialogue. This confederation was created when the Belarusian Confederation of Industrialists and Entrepreneurs (BCIE) was reorganized by the

14 See website: <http://www.ngo.by/>

15 The Barometer of Human and Trade Unions Rights, Education International:
http://www.ei-ie.org/barometer/en/profiles_detail.php?country=belarus

Public Association into a non-profit organisation. It has about 700 members and 16,000 associate members. As most businesses in Belarus are still state-owned or state-controlled, the capacity of the CIE confederation to present the real interests of entrepreneurs and employers in Belarus independently of the government is far from being a reality.

- 7.6 The Belarusian national platform of the EaP CSF was established at the conference on Eastern Partnership Roadmaps for Belarus in July 2010. Conference participants representing 32 Belarusian CSOs, including independent trade unions and business associations, agreed on topical objectives for civil society in Belarus and set forth the substantive priorities for work within four thematic areas of the EaP. These priorities serve as reference points for the “road maps”, which will be worked on further after the CSF national platform. The platform has established four working groups in line with the structure of the EaP CSF and the EaP thematic platforms. Even though the Belarusian national CSF platform did not approve formal rules of procedure, it managed effectively the process of selecting CSOs for the second CSF Forum in Berlin in November 2010. 94 CSOs from Belarus expressed their interest in taking part in the second meeting of the CSF in Berlin in November 2010. There are around 150 CSOs involved in the activities of the Belarusian CSF national platform. The Belarusian national platform has issued several statements calling on the government to respect human rights and to release political prisoners. This group gives its own independent statements and opinions about all recent developments in Belarus as well as participation of Belarus in EaP, and this position is not welcomed by the authorities. As yet, the government has ignored any activities of the national platform of the EaP CSF. As a counterweight to the national platform the group of officially recognized business and other organisations initiated establishment of so called nationwide platform of civil society.

8. **Georgia**

- 8.1 Towards the end of 2007, the rule of President Mikhail Saakashvili – who led the “Rose Revolution” and became the President in 2004 – faced a major challenge when allegations of corruption and organising a murder triggered a wave of mass protests calling for early elections. Nevertheless Michail Saakashvilli brought forward the presidential elections to 5 January 2008, which he won in the first round (the election period ends in 2013). His party, the United National Movement, went on to win a landslide victory in parliamentary elections in May 2008 (the next elections will be held in 2012). The conflict with Russia in August 2008 led many Georgians who had previously been critical of Mr Saakashvili to rally behind him. After the conflict however, criticism of his role in starting the conflict increased, and several mass rallies were held by the opposition, demanding for him to step down. In October 2010, parliament passed constitutional changes curbing the power of the presidency, and boosting those of the Prime Minister and the government. Currently, Georgia's political system is undergoing transformation from a post-Soviet presidential system to a parliamentary system. The current government of Georgia states that relations with the EU are its foreign policy priority and sees full EU membership as the future for the country.

- 8.2 An estimated 10,000 NGOs are registered in Georgia. One trend which has been occurring over the last few years is the growing divide between larger, more professional organisations and smaller, institutionally weak and passive NGOs, which make up the majority of the sector. NGOs are able to register and operate without arbitrary restrictions. They play an active role in public debate, though their influence has decreased somewhat under the current administration. Workers' interests in social dialogue are represented by the Georgian Trade Union Confederation (GTUC), which consists of 31 sectoral unions. These unions claim to have over 500,000 members. The GTUC is not affiliated to the government and receives no government funding. Political polarization has increased over the past couple of years, yet the GTUC has maintained its independence, advocating social dialogue. Employers' interests in social dialogue are represented by the Georgia Employers' Association (GEA). The GEA was founded in November 2000, and soon became the official social partner of the government and trade unions.
- 8.3 The Georgian national platform of the EaP CSF was established in November 2010. It has adopted rules of procedure. Four working groups have been established in line with the structure of the CSF and the EaP thematic platforms. The Coordination Council of the national platform consists of nine members, i.e. one national coordinator and eight working group coordinators (each working group is represented by two coordinators). As of February 2011, circa 80 Georgian CSOs are members of the EaP CSF national platform, including trade unions, business associations and CSOs representing socio-economic interests. The government of Georgia is willing to cooperate with the national platform of the EaP CSF. In February 2011 the members of the Coordination Council held a meeting with the minister for Euro-Atlantic Integration of Georgia. The minister and his office said that they were willing to assist the members of the EaP CSF national platform in Georgia, including facilitating the platform's dialogue with state authorities and agencies.

9. **Moldova**

- 9.1 2009 was a turning point in the recent political history of Moldova: it ended the period of the Communist Party's rule since 2001. The parliament elected in April 2009 failed to [elect a new President](#). The total number of seats in the Moldovan parliament is 101, of which 51 votes are needed to elect the [Speaker](#) and [Prime Minister](#), and 61 votes to elect the [President](#). For this reason, the parliament was dissolved and early elections were held in July 2009. Even though the [Communist Party](#) won with 44.7 % of the vote with 48 MPs, 53 seats went to four opposition parties – the Liberal Democratic Party, Liberal Party, Democratic Party, and Our Moldova Alliance – which together formed the new government under the name of Alliance for European Integration. After the early [2010 elections](#), the Alliance increased its majority from 53 seats to 59 seats. Although the Our Moldova Alliance did not return to parliament, the leaders of the three remaining parties of the Alliance for European Integration signed a new coalition agreement on 30 December 2010. The next parliamentary elections are scheduled for 2014. The re-elected coalition government led by Prime Minister Vlad Filat has launched an ambitious reform programme with the aim of improving Moldova's economic

performance as well as strengthening democratic standards in domestic politics. EU accession is a foreign policy priority for Moldova: it is as an intrinsic part of the country's complex modernisation process to move in line with European standards.

9.2 A total of 7,000 Moldovan NGOs are registered at national and local levels. NGOs are active in a broad range of fields, although almost half are involved in the social and education sectors. Collaboration between the government and civil society has increased, beginning with the July 2009 parliamentary elections and the formation of the new governmental coalition Alliance for European Integration. NGOs and parliamentary commissions increasingly work together in the legislative drafting process and in ad hoc working groups. About half of the work force in Moldova is unionised. Two union confederations, the independent Trade Union Confederation of Moldova (TUCM) and the former communist government-sponsored Confederation of Free Trade Unions Solidaritate (Solidarity) vied for members, with the government reportedly pressed union members to move the latter. Since 2007 trade unions in Moldova have been unified in a single national organization-National Confederation of Trade Unions of Moldova (CNSM). The new coalition government formed after the July 2009 elections stopped interference in trade union affairs. Employers' interests in social dialogue are represented by the National Confederation of Moldovan Employers (NCME), which is a member of the International Organisation of Employers.

9.3 The Moldovan national platform of the EaP CSF was established in March 2011. It has formed four working groups in line with the structure of the CSF and the EaP thematic platforms. The EaP national platform cooperates with the National Participation Council. The fact that the National Participation Council was created demonstrates the political willingness of the Moldovan government to cooperate with CSOs. As from the July 2009 parliamentary elections, CSO representatives have been involved in drafting strategic government documents in the field of European integration, e.g. the activity programme of the Moldovan government on European integration: "Freedom, Democracy, Welfare"; the medium-term development action plan "Rethink Moldova"; the Economic Stabilization and Recovery Program 2009–2011, etc. Cooperation between the government and CSOs was strengthened through the establishment of a permanent platform for dialogue on European integration called the National Participation Council (NPC), which is made up of 30 CSOs working in various fields. The NPC chair has the right to attend all meetings of the Moldovan Cabinet of Ministers and to voice the NPC position on governmental draft decisions and policies. The majority of the NPC organisations are members of the EaP CSF and, at the same time, the NPC Chair is a member of the Steering Committee of the EaP CSF. However, as yet no trade unions or business associations have become a member of the Moldovan national platform of the EaP CSF.

10. **Ukraine**

10.1 The 2010 presidential elections in Ukraine ended the period of rule of political leaders who were brought to power by the "Orange Revolution" in 2004. Between 2004 and 2009,

Ukrainian politics was affected by a conflict between former President Victor Yushchenko and former PM Yuliya Tymoshenko, which did not allow for the required reforms to be implemented and consequently led to growing public disappointment. Victor Yanukovych, the political leader of the Party of Regions, won the 2010 elections and was made President in February 2010. In September 2010 the Constitutional Court of Ukraine concluded that the amendments to the Ukrainian constitution that were made on 8 December 2004 were unconstitutional. This act has restored a presidential system in the Ukraine with a high concentration of power in the hands of the President and the President's office. The Party of the Regions (180 MPs), together with the People' Party (20 MPs), Communists (25 MPs) and a group of independent MPs, form a majority coalition known as Stability and Reform which consists of 235 MPs out of a total of 450 MPs. The government, led by PM Nikolay Azarov, managed to get a standby loan from the IMF in order to cope with economic crises and to push for some important reforms, such as a reform of taxation, administration, and the judiciary. The next parliamentary elections are to be held in 2012 followed by the presidential elections in 2015. . European integration remains a top foreign policy priority, but it is stressed that this cannot be done at the expense of good relations with Russia.

- 10.2 According to government statistics, the number of registered CSOs in Ukraine is around 52,000. Ukraine has one of the most vibrant civil societies in the region. Citizens are increasingly taking issues into their own hands, e.g. protesting against unwanted construction, exposing corruption, and advocating their interests at both national and local level. In Ukraine, there are two major trade union associations that are part of social dialogue with the government and employers. The Federation of Trade Unions of Ukraine represents 40 national-level industrial trade unions, while the Confederation of Free Trade Unions of Ukraine has 69 trade unions as members, though only 6 are national-level unions. Employers' interests in social dialogue are represented by the Federation of Employers of Ukraine (FEU), which was established by 23 employers associations in 2009.
- 10.3 The Ukrainian national platform of the EaP CSF was established in January 2011. The founding conference was attended by participants representing more than 70 CSOs, including some trade union organisations. The participants adopted Memoranda on the creation of the EaP CSF National Platform in Ukraine. The conference established four working groups for the national platform, in line with the structure of the four EaP thematic platforms. The Coordination Council – which consists of 9 members including a national CSF coordinator for Ukraine – was also elected. Although representatives from business and employers' organisations were also invited, they have shown limited interest, due to their perception that the National Tripartite Social and Economic Council of Ukraine already has a sufficiently strong role. At the same time, major business organisations and trade unions are complaining that they are not given enough information on the Eastern Partnership. Establishing regular dialogue with the government remains one of the main tasks for the Ukrainian national platform of the EaP CSF.